

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



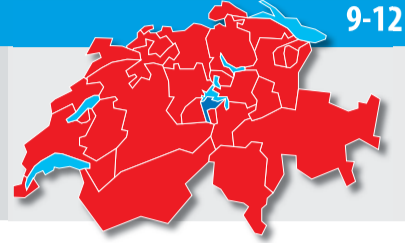
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Nidwalden 9-12

Alles Wissenswerte zu den Nationalratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr! Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen. Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen. Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen? **Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.**



In den Nationalrat
Roland
Blättler



Für eine
sichere
Zukunft
in Freiheit



Andrina Trachsel,
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

«Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP!»



Deshalb
wähle ich am
22. Oktober



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbotsschweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



**Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer**

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: 1/3 der Schüler hat Sprachprobleme, 1/3 Lernstörungen, 1/3 ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

- 11.00 Uhr: Schweizer Kinder in Minderheit**
In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.
- 12.00 Uhr: Krisensitzung statt Mittag**
Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.
- 13.45 Uhr: Ein Viertel kann nicht richtig lesen**
Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.
- 15.00 Uhr: Tausende Heilpädagogen**
A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.
- 16.30 Uhr: Verbot von Weihnachtsliedern**
Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».
- 19.00 Uhr: Desinteressierte Eltern**
Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.
- 7.45 Uhr: Integration um jeden Preis**
Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.
- 9.30 Uhr: Schüler schlägt Lehrer**
Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.
- 10.15 Uhr: Verdacht auf Zwangsehe**
Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober**



Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Jahre hat die Lage für die Schweizer Bevölkerung in fast allen Lebensbereichen massiv verschärft:

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.



Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsten Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022: plus 180'000 Personen in einem Jahr!

Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen. Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika. Niemand weiss, wo sich diese Personen inzwischen befinden.

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im November 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass es an den Sek-B-Klassen zu einem nie dagewesenen Anstieg der sexuellen Übergriffe auf Mädchen kommt. Das liege an «bildungsfernen, migrantisch geprägten Milieus», so der Studienleiter. Es handle sich um ein «Migrationsproblem».

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylummigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

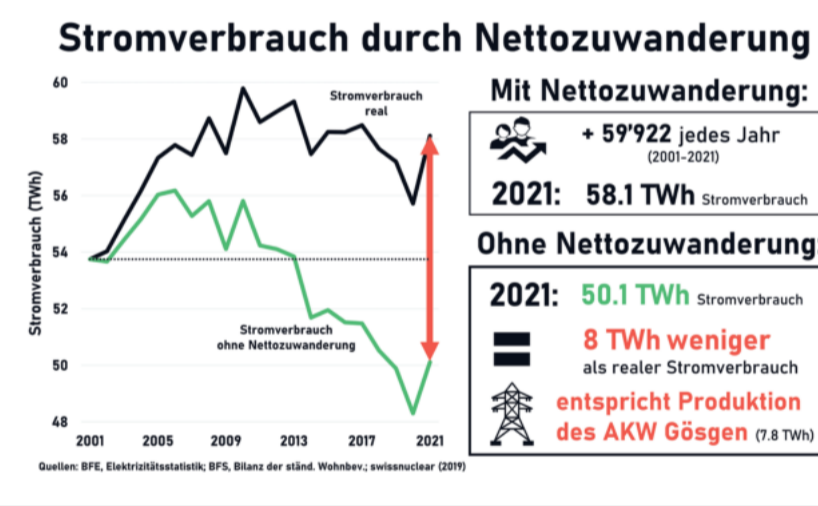
71% der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15%

56% der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Täter-suche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.

57% der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.

Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Infrastrukturen am Anschlag

Die Stautunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren vervielfacht! Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden die Schweizer Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffpreisen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen mit ihrer Anti-Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den Anschlag.



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15-jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Wohlstandsverlust

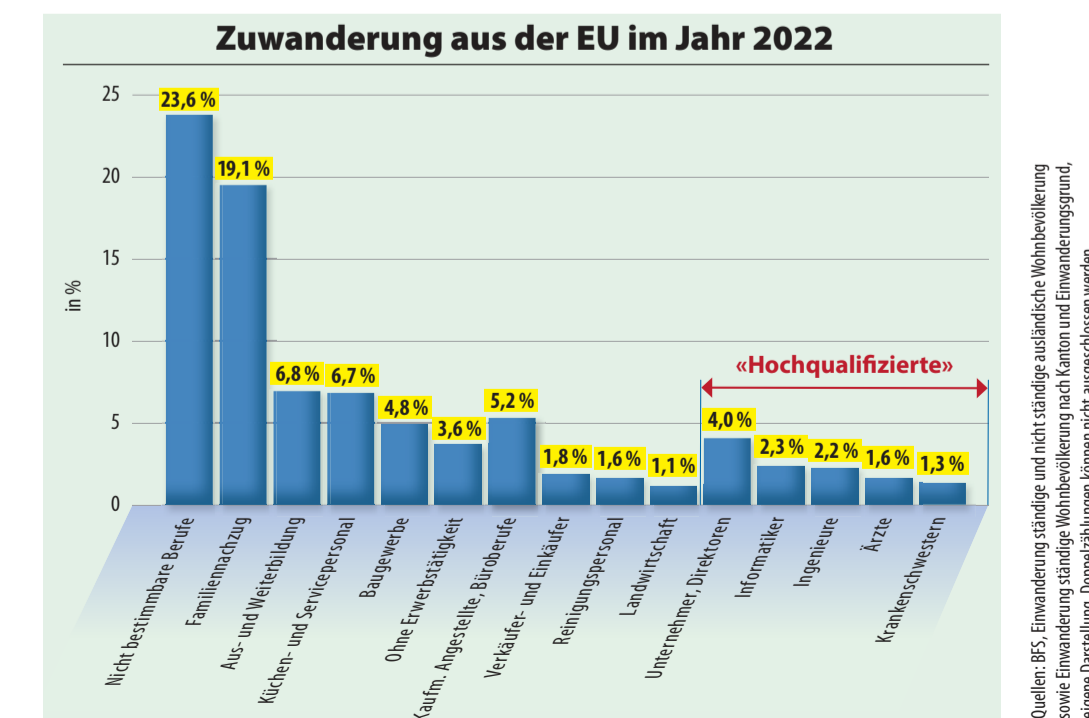
Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt, Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?



Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. **Daher müssen wir das System komplett ändern:** In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.

Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:


Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze

Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildegg (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

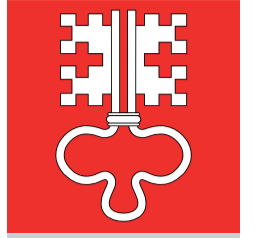
1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Ihr Nationalrat für den Kanton Nidwalden



Am 22. Oktober 2023 sind nationale Wahlen. Roland Blättler setzt sich ein für Nidwalden und die Schweiz. Damit wir weiterhin in Sicherheit und Wohlstand leben können.



Roland Blättler

► **Politik:**

Landrat seit 2018
Präsident SVP Nidwalden seit 2020
Präsident Kommission Finanzen, Gesundheit, Steuern und Soziales (FGS)
Verwaltungsrat NSV Mittelschulrat (MSR)
Mitglied Fach-Kommission Gesundheit SVP Schweiz
Mitglied Parteivorstand und Delegierter der SVP Schweiz

► **Beruf:**

Leiter Informatik im Kantons-spital
Experte für E-Health und Digitalisierung im Gesundheitswesen

► **Ausbildung:**

Executive Master of Business Administration EMBA
Wirtschafts-Informatiker HF
WIS/HWV
Glasmacher

► **Vereine und Verbände:**

Vorstand Vereinigung Gesundheits-Informatiker vgi.ch
Vorstand Kurverein Kehrsiten
Mitglied bei Chriesizunft Kehrsiten, Schützen Stansstad, Rütlichschützen Nidwalden, Älper Stans

► **Privat:**

Verheiratet mit Monika Rebhan seit 1990, Tochter Laura 1995, Sohn Dario 1999

► **Hobbies:**

Musik, Motorrad, Segeln, Tauchen, Ski & Snowboard, Reisen, Fotografieren

Liebe Nidwaldnerinnen, liebe Nidwaldner

Lernen Sie mich kennen, als Politiker, als Wirtschafts-Informatiker oder mit meiner Familie und meinen Hobbies.

Erfahren Sie, was mich bewegt und weshalb ich für Sie «Ihr Nationalrat für den Kanton Nidwalden» bin.

Politik

Ich stehe zu Nidwalden und zur Schweiz.

So nehme ich die Sorgen der Bevölkerung von Nidwalden ernst und setze mich für deren Anliegen ein. Die Meinungsäusserungsfreiheit und das Einestehen für die eigene Überzeugung sind die Grundpfeiler unserer direkten Demokratie.

Als Präsident, Landrat und Mitglied der SVP Nidwalden lebe ich diese Ideale mit einer klaren, ehrlichen und konsequenten Politik.

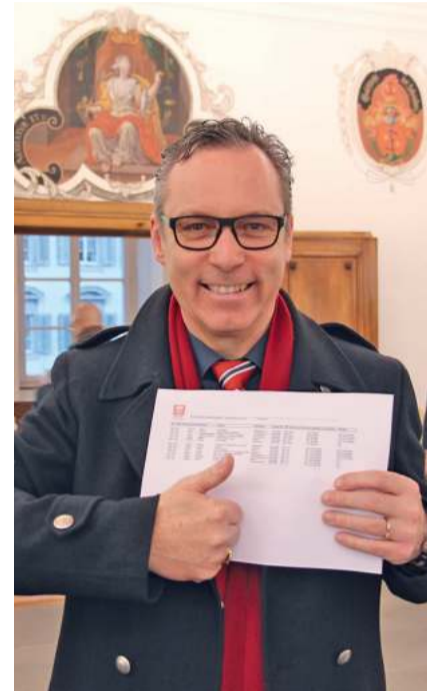
Die Schweiz ist von unten nach oben organisiert. Bürgernähe und demokratische Mitbestimmungsrechte sind das Erfolgsrezept. In keinem anderen Land auf dieser Welt haben wir als Bürger mehr zu sagen als in unserer Schweiz. Damit das so bleibt, setze ich mich ein für:

- eine sichere Zukunft in Freiheit und Wohlstand, für ein Zuhause im Heimatkanton Nidwalden und in unserem Kleinstaat Schweiz;
- den schweizerischen Sonderfall mit den Säulen Selbstbestimmung, direkte Demokratie, Neutralität, Föderalismus und Gemeindeautonomie;
- weniger Steuern, Zwangsabgaben und Gebühren, damit den Bürgerinnen und Bürgern mehr zum Leben bleibt;
- eine sichere, günstige und unabhängige Energieversorgung von Haushaltungen und Betrieben;
- eine produzierende Landwirtschaft mit bäuerlichen Unternehmern, deren Aufwand zum Schutz unseres Lebensraumes angemessen abgegolten wird;
- eine eigenständige und bezahlbare Grundversorgung im Gesundheitswesen;
- eine konsequente Asylpolitik, die den Missbrauch verhindert, jedoch echten Flüchtlingen Schutz gewährt;
- sichere Sozialwerke mit Bekämpfung des Missbrauchs durch strikte Kontrollen und härtere Strafen;
- eigenverantwortliche Bürger mit grossen Mitbestimmungsrechten anstelle zentralistischer Staatsallmacht;

- ein Bildungssystem, in dem Leistung gefordert und gefördert wird;
- realistische Massnahmen zum Schutz unserer Umwelt statt übertriebene links/grüne Forderungen;
- eine Verkehrspolitik, die den öffentlichen und den privaten Verkehr nicht gegeneinander ausspielt;
- die Grundwerte der Schweizer Gepflogenheiten, Traditionen, Moral, Lebensweise und Verhaltensregeln unter Ablehnung von religiöser Gewalt, Fanatismus und Missachtung unseres freiheitlichen Rechtsstaates.

2018 bin ich als Landrat gewählt worden. Die Freude an der politischen Arbeit ist ausgeprägt und ich liebe die Diskussionen und Debatten. Ist es nicht der Kern unserer Demokratie, dass wir andere Meinungen anhören und akzeptieren?

Zunächst als Delegierter, dann als Vorstand und nun als Parteipräsident pflege ich den regelmässigen Austausch über Kantons- und Parteigrenzen hinweg. Für die zahlreichen Anlässe in Nidwalden ist es mir immer wieder gelungen, hochkarätige Referenten zu verpflichten und in Podien die verschiedenen Sichtweisen herauszuschälen.



Beruf

Mein Berufsleben habe ich als Glasmacher in der Glasi Hergiswil begonnen. Mein Weg hat mich zur Vetropack – zur industrielle Glasfertigung – geführt. Von dort aus bin ich in die Informatik gekommen.

Seit über 30 Jahren bin ich Informatiker und komme selbst heute nicht aus dem Staunen heraus. Kaum glaubt man, jetzt ist alles erfunden; geht es erst richtig los. Als Wirtschafts-Informatiker war ich in verschiedenen Industrien und Betrieben angestellt. Eine längere Zeit war ich Leitender Informatiker bei einer bekannten Marketingfirma und wurde als Event-Manager bei der Organisation von Champions League Spielen eingesetzt.

Seit 2012 bin ich Leiter Informatik in einem Kantons-Spital. Berufsbegleitend habe ich mich weitergebildet zum Executive Master of Business Administration (EMBA). Deshalb werde ich oft als Redner angefragt, um zur Digitalisierung im Gesundheitswesen zu referieren.

Nun kommen alle Stränge zusammen: Die Erfahrung als Wirtschaftsinformatiker aus Industrie und Marketing, als Experte für Digitalisierung im Gesundheitswesen sowie die Jahre in der Politik – genau die richtige Mischung, um mit Expertise und Erfahrung die politischen Herausforderungen auf nationaler Ebene anzugehen.

Familie

Aufgewachsen bin ich in Hotelbetrieben in Kehrsiten und Stans. Meine Eltern Fredy und Christel waren weit herum bekannt als Wirte auf der Krone zu Stans. Papi ist 2014 verstorben; Mami, mittlerweile 86 Jahre alt, lebt nebenan im Rosenhüsli.

Im Mai 1991 haben Monika Rebhan und ich geheiratet. 1995 kamen unsere Tochter Laura und 1999 unser Sohn Dario zur Welt.

Es gibt kaum eine grössere Herausforderung auf der Welt, als Kinder grosszuziehen. Mittlerweile sind die Kinder erwachsen und gehen ihren Weg.

**Hobbies**

Ich liebe Musik, ich höre am liebsten Klassik, Jazz oder Blues. Ganz oben auf meiner Playlist stehen Beethoven, Rachmaninoff oder Herbie Hancock. Zahlreiche Reisen mit dem Motorrad haben mich an die Enden von Europa oder bis Dakar geführt.

Erst kürzlich haben Dario und ich eine längere Motorradreise durch Marokko unternommen.

Hierbei habe ich meine alte Kamera wiederentdeckt und analog fotografiert. Digital fotografiere ich seit vielen Jahren und dokumentiere Anlässe oder den legendären Sonnenuntergang in Kehrsiten.

Meine Leidenschaft gilt dem Segeln. Wenn möglich segle ich mit der Familie in der Ägäis oder den Balearen.

Ab und zu geht es auch zum Tauchen und so hatte ich die einmalige Gelegenheit, das UNESCO Weltkulturerbe vor Kehrsiten zu besichtigen.

Haben Sie sich nun gefragt, was es mit den roten Socken auf sich hat? Dann besuchen Sie mich auf meiner «Tour de Nidwalden» und fragen mich persönlich.



In den Nationalrat Roland Blättler



Nationale Wahlen 2023:

Tour de NIDWALDEN

Donnerstag	24.08.23	17.00 – 20.00	Emmetten , Restaurant Engel Stammtisch
Freitag	25.08.23	19.30	Wolfenschiessen , Schrotten 1 Thema: Hat die Landwirtschaft noch eine Zukunft?
Donnerstag	31.08.23	18.00 – 21.00	Hergiswil , Restaurant Schlüssel Stammtisch
Dienstag	05.09.23	17.00 – 21.00	Buochs , Restaurant Sternen Stammtisch
Freitag	15.09.23	19.30	Ennetbürgen , Restaurant Sternen Thema: Welche Rahmenbedingungen brauchen Gastronomie und Tourismus?
Samstag	22.09.23	19.30	Stans , Aula Pestalozzischulhaus Thema: Was erwartet unsere Wirtschaft von unserer Vertretung in Bern?
Donnerstag	28.09.23	18.00 – 21.00	Stansstad , Restaurant Rössli Stammtisch
Mittwoch	04.10.23	18.00 – 21.00	Dallenwil , Restaurant Bahnhofli Stammtisch
Donnerstag	12.10.23	18.00 – 21.00	Ennetmoos , Restaurant St. Jakob Stammtisch
Freitag	13.10.23	19.30	Beckenried , Restaurant Rössli Thema: Wie lange ist unser Asyl- und Sozialsystem noch tragbar?

Roland Blättler möchte Sie kennen lernen und geht motiviert auf die «Tour de Nidwalden». Besuchen Sie ihn an den erwähnten Daten in Ihrer Gemeinde. Fühlen Sie ihm auf den Zahn und spüren Sie seine Persönlichkeit. Er steht Ihnen gerne «Red und Antwort».



www.roly-blaettler.ch



Roland Blättler

im Einsatz für den Kanton Nidwalden

Macht Politik Spass, macht es Freude, sich für eine Sache einzusetzen? Im Gespräch mit Roland Blättler merkt man schnell, wie begeistert er vom politischen Handwerk ist. Mit seinen Landrats-Kollegen

und -Kollegen diskutiert er die verschiedenen Vorstösse, schreibt die dazu gehörenden Texte und freut sich, wenn die Geschäfte – mit entsprechenden Voten – in unser Parlament kommen. Manchmal verliert

man, manchmal gewinnt man, aber es geht dabei immer und ausschliesslich um eine einzige Sache: **«Was können wir zum Wohl von Nidwalden und seiner Bevölkerung tun?»**

18

Obwalden/Nidwalden

Montag, 19. September 2022

Die Energiekrise beschäftigt auch hier

An der Podiumsdiskussion der SVP zur Energiekrise wurden auch Forderungen an die Politik gestellt.

Matthias Piazza

Kalt duschen? Strommangel? Blackout? Die Schlagworte, mit denen die SVP Nidwalden zum öffentlichen Anlass zum Thema Energiekrise einlud, zogen. Rund 230 Leute fanden sich am Freitagabend in der vollen Ennetmooser Mehrzweckhalle St. Jakob ein. Die Ukraine-Krise, Wasserkraftwerke mit zu wenig Wasser, wegen Wartungen viele abgestellte Atomkraftwerke in Frankreich, einem ansonsten wichtigen Stromlieferanten für die Schweiz: Die Lage ist angespannt, Bund und Kanton Nidwalden rufen zum Energiesparen auf.

Der Berner SVP-Nationalrat und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie, Albert Rösti, gab sich zuversichtlich, dass die Schweiz energietechnisch relativ heil durch den Winter kommt. In die längerfristige Zukunft geschaut, plädierte er für Offenheit gegenüber verschiedenen Energieformen. Projekte für den Bau von Solaranlagen oder den Ausbau von Speicherkraftwerken dürften nicht während Jahren wegen Einsparungen ausgebremst wer-



Albert Rösti, Thomas Christen, Remo Infanger und Roland Blättler (von links) diskutierten beim SVP-Podium zur Energiekrise. Bild: Urs Hanhart (Ennetmoos, 16. September 2022)

den. Auch gegenüber der Kernenergie müsse man offen sein. Die Energiesicherheit sei ein wichtiger Pfeiler in unserem Land. «Bei Energiemangel können wir auch weniger produzieren.»

Wie erleben die Nidwaldner Wirtschaft und der kantonale Energieversorger die aktuelle Situation? In der anschließenden Podiumsdiskussion plauderten Thomas Christen, Inhaber der Christen Beck AG und Markus

Bucher, CEO der Pilatus-Flugzeugwerke, und Remo Infanger, Direktor des Elektrizitätswerks Nidwalden (EWN), aus dem Nähkästchen. Thomas Christen, der auch mit Personalmangel und gestiegenen Rohstoffprei-

sen zu kämpfen hat, meinte, dass Energiesparen für ihn kein neues Thema sei. In der neuen im Bau befindlichen Backstube würde nebst Gas für die Öfen auch deren Abwärme genutzt werden. Der Standort werde am Wärmeverbund angeschlossen und eine Fotovoltaikanlage werde Strom liefern.

Krisenstab musste aufrecht erhalten werden

Ein wesentlich grösserer Stromverbraucher sind die Pilatus-Flugzeugwerke mit ihrer 24-Stunden-Produktion. «Wir hätten uns nicht vorstellen können, dass wir den Krisenstab nach Beendigung der Pandemie für die neue Krise aufrecht erhalten müssen», sagte Markus Bucher. Getreu dem Nachhaltigkeitgedanken setzte man stark auf Solarstrom von den eigenen Dächern. Doch das Problem sei die Speicherung für den Winter. «Macht nicht so lange, baut den Grimselstausee aus», appellierte er an die nationale Politik.

«Die Situation ist ernst genug, dass man sich Gedanken über den Stromausfall machen muss, es würde jeden direkt betreffen», meinte EWN-Direktor

Remo Infanger, der das Szenario einer vierstündigen Stromabschaltung mit seiner vierköpfigen Familie durchspielen wollte und nach kurzer Zeit wegen Protesten seiner Töchter abbrach. Doch würden sich die Sparpelle der Behörden schon spürbar positiv auswirken.

«Die Unternehmen leisten sehr grosse Sparanstrengungen, auch natürlich, weil die stark gestiegenen Energiepreise ins Geld gehen.» Bei den Privaten falle der Strom beim Haushaltsbudget zwar weniger ins Gewicht. «Doch ich höre von vielen Leuten, dass sie zum Schutz der Wirtschaft, welche neben Abschaltungen auch von Kontingentierungen betroffen sein könnten, beginnen, Strom zu sparen.» Es seien Massnahmen ohne Komforteinbußen. «Ich sage meinen Töchtern immer wieder, sie sollen das Licht ablöschen, wenn sie nicht im Zimmer sind.»

«Strom sparen, investieren und an neuen Technologien forschen», lautete das Fazit des Abends von Moderator Roland Blättler. «Wir sind ja schliesslich ein Land von Forschern und Erfindern.»



Medienmitteilung

Die SVP Nidwalden kritisiert das Gesamt-Verkehrskonzept des Kantons Nidwalden.

Bei der genauen Durchsicht des Gesamtverkehrskonzeptes und der vorgeschlagenen Massnahmen stellen wir fest, dass man einer notwendigen politischen Auseinandersetzung aus dem Weg geht und die wirklich wichtigen Punkte ausblendet.

Die Motion zur Erstellung eines Gesamtverkehrskonzeptes (GVK) Nidwalden wurde überwiesen und vom Landrat gutgeheissen. Die Baudirektion hat den Auftrag des Landrates erfüllt, aber beim Definieren der Massnahmen den Landrat aussen vorgelassen.

Ein Ausschuss der SVP-Landratsfraktion hat sich intensiv mit dem vorliegenden GVK befasst. Zu den von uns umstrittenen Massnahmen haben wir zuhänden der Baudirektion eine Stellungnahme erstellt. Wir bemängeln, dass die Massnahmen ohne Mitwirkung durch den Landrat und dessen Kommissionen sowie ohne politischen Prozess definiert werden.

Auszugsweise kritisieren wir folgende Punkte:

- Das Hauptübel der Verkehrs-Probleme in Nidwalden sind die Querungen der zb in Stans sowie der Kreisel Kreuzstrasse. Das GVK schliesst visionäre Lösungen à priori aus.
- Das grosse Verkehrsaufkommen, vor allem an den Wochenenden verursacht Stau bis in die Dorfquartiere von Stans, Stansstad und Hergiswil.
- Wir haben uns vorgestellt, dass das Verkehrskonzept ein gemeinsames Vorgehen ist, in dem nicht die einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Dieses Konzept muss leider als wirtschafts- und tourismusfeindlich bezeichnet werden.

Fast alle Massnahmen sind auf den Langsamverkehr und Reduktionen ausgerichtet, ein Missverhältnis mit Bevorzugung des Langsamverkehrs und Einschränkungen des motorisierten Verkehrs (MIV).

Zudem sehen wir im GVK nirgends Hinweise und/oder Zusammenhänge und Einarbeitungen zum Agglomerationsprogramm. Hier fehlt uns eine entsprechende Analyse.

Das Gleiche gilt auch für den «Masterplan Kreuzstrasse», welcher in diesem Konzept nur am Rande gestreift wird. Je nach Ausbau dieses Projektes wirkt sich dieser massgeblich auf das GVK aus.

Wir gehen davon aus, dass die aus dem jetzigen GVK entstehenden Einzelprojekte im Landrat scheitern werden. Ein Scherbenhaufen ist vorprogrammiert.

Peter R. Wyss
Fraktionspräsident SVP Nidwalden
+41 79 214 47 57
peter.wyss@svp-nw.ch

Roland Blättler
Präsident SVP Nidwalden
+41 78 914 15 39
roland.blaettler@svp-nw.ch

Bankverbindung: Nidwaldner Kantonalbank, 6370 Stans, 01-40-510797-06

NEUE NIDWALDNER ZEITUNG

Roland Blättler ist neuer Präsident der SVP Nidwalden

Führungswechsel bei der SVP Nidwalden: Christoph Keller (57) übergibt das Zepter an Roland Blättler (59) aus Kehrsiten.



Roland Blättler, der neue Präsident der SVP Nidwalden, nach der Wahl mit seinem Vorgänger Christoph Keller und Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz (von links). Bild: Florian Arnold (Stans, 1. Juli 2020)

Ganz im Zeichen des Präsidentenwechsels und einer positiven Aufbruchstimmung stand die Generalversammlung der SVP Nidwalden, die am Mittwoch im «Engel» Stans stattfand. Nicht nur Ländlermusik und die Nidwaldner Hymne trugen zur guten Stimmung bei, sondern auch prominente Gäste, darunter die Nationalräte Peter Keller (NW), Monika Rüegger (OW) und Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz. Rund 80 Personen fanden den Weg nach Stans und verabschiedeten Christoph Keller mit stehenden Ovationen.

Bis es aber so weit war, lief der Noch-Präsident zu Hochform auf und erwähnte in seinem Jahresbericht zahlreiche Höhepunkte des vergangenen Jahres, so das 20-Jahr-Jubiläum der SVP Nidwalden, der Auftritt an der «Heimisch» und die erfolgreichen Nationalratswahlen. Zur Arbeit im Landrat sagte Keller: «Die Fraktion der SVP Nidwalden ist immer wieder kritisch und kämpferisch, damit die anderen Parteien im Landrat nicht allzu viele Dummheiten und Geschenke machen können.»

KLARTEXT DAS ORIGINAL



Roland Blättler
Präsident SVP Nidwalden

Strom-Mangel und noch höhere Energie-Preise

Mit dem neuen Stromfressergesetz (sogenanntes «Klima-Gesetz») soll innerhalb weniger Jahre von Benzin, Diesel und Heizöl auf Elektrizität umgestellt werden. Das heisst, wir brauchen massiv mehr Strom, obwohl wir jetzt schon zu wenig Strom haben. Es drohen Strom-Mangel und noch höhere Energie-Preise.

Das Stromfresser-Gesetz rettet weder das Klima, noch ist es ein Innovations-Gesetz – es ist ganz einfach ein Subventionsgesetz. Es verteilt Milliarden an eine künstlich aufgeblähte Branche und an Unternehmen, die schon jetzt kaum nachkommen mit der Bewältigung der Nachfrage.

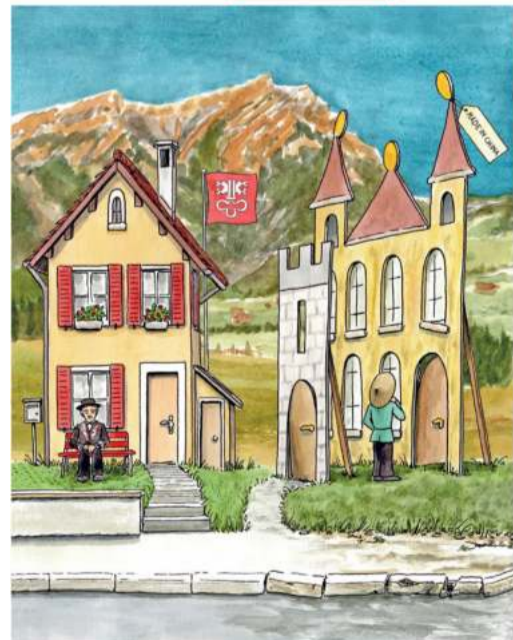
Vollmachten für den Staat

Unternehmen benötigen eine stabile, sichere und bezahlbare Stromversorgung – mit Flatterstrom von Solarzellen und Windrädern stellen sie ihre Produktion ein. Das ist ganz im Interesse der linken Klima-Aktivistinnen. Sie geben offen zu, dass sie ein ganz anderes Ziel verfolgen: Die Zerstörung unseres erfolgreichen Wirtschaftssystems.

Das Klima-Gesetz mit seinen radikalen Zielen («Netto-Null») gibt dem Staat weitreichende Vollmachten: **Verbot von Benzin-Autos, Windräder ohne Mitsprache der Bevölkerung, Einschränkung des Fleischkonsums usw.** Es gibt viele gute Gründe, am 18. Juni NEIN zum Stromfresser-Gesetz («Klima-Gesetz») zu stimmen.

Aus dem Kanton
KLAR, EHRlich, KONSEQUENT WWW.SVP-NW.CH

UNSER SCHWERPUNKT



«Meh Hiäsigs»: Arbeitsplätze für Nidwalden

Was wir wollen:

- Wir setzen uns für Nidwaldner Arbeitsplätze ein. Über zwei Drittel der jungen Nidwaldnerinnen und Nidwaldner machen eine Berufslehre.
- Unsere Gewerbebetriebe sorgen für die Fachkräfte von morgen.
- Mit der Motion «Meh Hiäsigs» fordern wir eine Anpassung beim öffentlichen Beschaffungswesen.

Brauchen wir wirklich Randsteine aus China? Es kann nicht sein, dass der Kanton bei seinen Aufträgen das einheimische Gewerbe übergeht. Wir haben hervorragende Betriebe, die für Arbeits- und Ausbildungsplätze in Nidwalden sorgen. Und hier Steuern zahlen.

WÄHLE LISTE

2

Miär hend Sorg zu Nidwaldä!
KLAR, EHRlich, KONSEQUENT WWW.SVP-NW.CH



National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023

So wählen Sie richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Vordruckter Nationalrats-Wahlzettel
- Kleines Couvert
- Ständerats-Wahlzettel
(Bei stillen Wahlen gibt es keinen Ständerats-Wahlzettel)
- Stimmrechtsausweis



2. Wählen Sie Ihren Nationalrat:

Machen Sie ein Kreuz beim Kandidatennamen Roland Blättler



3. Wahlzettel Nationalrat ins kleine Couvert:

Legen Sie den Nationalrats-Wahlzettel mit dem angekreuzten Kandidaten ins kleine Couvert



4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Machen Sie ein Kreuz beim Ständeratskandidaten Ihrer Wahl



5. Ständeratswahlzettel ins kleine Couvert:

Legen Sie den Ständerats-Wahlzettel zum Nationalrats-Wahlzettel ins kleine Couvert



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.



7. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert. Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.



8. Abschicken:

Couvert bis spätestens 17. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 20. Oktober auf die Gemeinde bringen oder am 22. Oktober an die Urne gehen.



In den Nationalrat

Roland **Blättler**

www.roly-blaettler.ch



Achtung!

Nur einen Namen ankreuzen, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!